Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. des. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatzeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. Im Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15 empfiehlt in grösster Auswahl
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Hchnr. Meyers
Lebertran-Emulsion
grosse Flasche 2 Mark. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Spezialität: Vernickeln und Schärfen von Schlittschuhen aller Systeme
Dresdner Vernicklungs-Anstalt OTTO BÜTTNER. Falkenstrasse 1—3, Hofgebäude.

Nr. 309. Spiegel: Oberhauskonflikt in England. Schulkinder Sachsens, Evangel. Bund, Spitzensammler, Gerichtsverhdl. Kanzlerkrisis, Handelsvertragsverhdl., Weinparlament. Pückler-prozeß. | Mutmaßl. Witterung: **Warm, veränderlich.** | **Freitag, 9. November 1906.**

Ein Oberhauskonflikt in England?

Der Kampf um die Volksschule, der jüngst in Preußen auf Grund eines gegen den Ultramontanismus gerichteten konservativ-nationalliberalen Kompromisses im Sinne eines gemäßigten Fortschrittes auf der Grundlage des geschichtlich entwickelten Zustandes entschieden worden ist, erregt in England noch heftig die Gemüter und läßt in seinem gegenwärtigen Stadium sogar das Bild eines Oberhauskonfliktes auf der Leinwand der politischen Schnellzeichnung erscheinen. Zum Verständnis der Lage ist eine knappe Skizzierung der leitenden Gesichtspunkte der englischen Schulreform und des vom Oberhause vertretenen abweichenden Standpunktes unter Fortlassung aller zu weit führenden Einzelheiten unerläßlich. Die neue Vorlage schafft für England die konfessionslose staatliche Volksschule, während die Mehrheit der bisherigen Volksschulen nicht öffentliche, sondern von Religionsgesellschaften gegründete private Schulen sind. Der Religionsunterricht nimmt keine Rücksicht auf die besonderen Dogmen der einzelnen Konfessionen, sondern trägt den Charakter einer auf Bibellektüre gegründeten Moallehre. Dabei kann auch noch zur Teilnahme am Religionsunterricht niemand gezwungen werden, die Beteiligung ist vielmehr fakultativ, d. h. sie hängt vom Belieben der Eltern ab. Dieser in seiner Tendenz stark radikal veranlagte Gesetzentwurf hat die Lords des Oberhauses arg verschnupft und sie sind mit Eifer darangegangen, ihn einer gründlichen Revision zu unterziehen, deren Charakter zusammenfassend dahin gekennzeichnet werden kann, daß die konfessionelle Richtung mehr zur Geltung gebracht werden soll. Namentlich in einem Punkte haben sich die Lords in einen ausgesprochenen prinzipiellen Gegensatz zum Unterhause gesetzt, indem sie für den obligatorischen Religionsunterricht eintreten. Die Liberalen tun darob sehr ungebärdig und zeigen zum Teil nicht üble Lust, mit den Lords ernstlich anzubinden und auf Grund von Neuwahlen nicht nur die Birrelsche Schulbill, sondern auch die Oberhausfrage zur Entscheidung zu bringen.

Das Oberhaus erfreut sich beim englischen Liberalismus einer tiefgründigen Unbeliebtheit. Seit Gladstone, der zuerst ernstlich dem Gedanken der völligen Beseitigung des Oberhauses und der Einführung des Einkammersystems nahetrat, hat die Bewegung zur Ausmerzung des „aristokratischen Prinzips" in der englischen Verfassung merklich an Stärke gewonnen, und wenn ein so radikaler Staatsmann, wie Herr Campbell-Bannerman, eine geschlossene liberale und radikale Phalanx hinter sich wüßte, so würde er sicher nicht zögern, den Rubikon zu überschreiten und den Appell an das Land unter dem Feldgeschrei „Fort mit dem Oberhause!" zu wagen. Das wissen die Lords des Oberhauses natürlich ebenfalls ganz genau, und wenn sie trotzdem sich nicht scheuen, den Volksschulgesetzentwurf zu einer parlamentarischen Kraftprobe zu machen, so ist dafür nicht etwa das eigene Machtbewußtsein ausschlaggebend, sondern der Umstand, daß der strategische Aufmarsch der Liberalen zwei deutlich bemerkbare schwache Punkte aufweist, nämlich einmal eine ziemlich weitgehende Uneinigkeit über die Grundzüge der Schulvorlage in liberalen Kreisen selbst und zum anderen die Unzufriedenheit eines Teils der Liberalen mit der allzu großen Nachgiebigkeit der Regierung gegen die radikal-sozialistische Arbeiterpartei. Die Lords haben die liberalen Meinungsverschiedenheiten in Sachen des Schulgesetzentwurfs geschickt zu benutzen verstanden, indem sie ihre Abänderungen vorwiegend an solchen Bestimmungen vornahmen, gegen die auch liberale Bedenken vorhanden sind. Da sie also insoweit sich mit dem Hinweise auf liberale Stimmungen und Strömungen im Unterhause selbst den Rücken zu decken vermögen, so muß die Regierung schon aus diesem Grunde Bedenken tragen, die Schulbill zum Anlaß eines Appells an das Land zu nehmen, der überdies noch mit dem schweren Gepäck der Aufrollung der Oberhausfrage zu belasten wäre.

Noch schwerer als die Verschiedenheit der Ansichten über die Schulvorlage im eigenen Lager fällt für die Hemmung der Tatkraft des Liberalismus und für seine Aktionsfähigkeit gegenüber dem Oberhause der Zwiespalt mit der Arbeiterpartei ins Gewicht. Die nach außen hin so glänzend schillernde Machtstellung des englischen Liberalismus, wie sie sich bei den letzten allgemeinen Parlamentswahlen offenbarte, zeigte dem tiefer Blickenden von Anfang an eine schwache Seite in dem Verhältnis zur Arbeiterpartei, die denn auch nicht verfehlte, den politischen Propheten, die im Hinblick darauf der liberalen Regierung ein ungünstiges Horoskop stellten, sehr bald recht zu geben, indem sie sich aus der Rolle eines bloßen liberalen Anhängsels gründlich losriß und sich zur vollen Selbständigkeit unter Annäherung an die sozialistische Richtung entwickelte. Der Premier Herr Campbell-Bannerman wagte gleichwohl nicht den offenen Bruch mit der sozialisierten Arbeiterpartei, sondern kam ihr im Parlament in so ausgiebiger Art entgegen, daß sich die weniger radikalen Elemente des Liberalismus dadurch in ihren staatserhaltenden Grundsätzen verletzt fühlten. Ein Niederschlag dieser Stimmung zeigt sich in dem Ausfall der soeben vollzogenen Gemeinderatswahlen, bei denen die Konservativen einen geradezu überwältigenden Sieg davongetragen haben. Die unterlegenen kommunalen Fortschrittler, die sich der Unterstützung der politischen Parteiorganisation des Liberalismus erfreuen, hatten in zahlreichen Gemeinden mehr oder weniger sozialistisch angehauchte Experimente mit den Gemeindegeldern angestellt, und die hierdurch bewirkte Erhöhung der Steuerlast machte es den Konservativen leicht, sich mit der Behauptung in den Sattel zu schwingen, daß nur ein konservativer Umschwung im stande sei, die zum Sozialismus hinneigende Regierung zur Besinnung zu bringen und sie an einer weiteren Begünstigung der sozialistischen Partei zu hindern. Dieser Beweisführung haben auch zahlreiche liberal gesinnte Elemente nicht zu widerstehen vermocht, und daraus erklärt sich die auffallend große Mehrheit, mit der überall die Fortschrittler geschlagen worden sind.

Das ist ein nicht zu unterschätzendes Warnungssignal für den herrschenden Liberalismus. Man wird zwar nicht gleich so weit gehen dürfen, daraus den Schluß zu ziehen, daß auf die liberale Flutwelle schon jetzt wieder eine konservative Hochwoge in der inneren Politik zu folgen im Begriff stehe; denn in kommunalen Angelegenheiten kommen wesentlich andere Fragen zur Entscheidung als sie bei Parlaments-Neuwahlen vorherrschend sind. Wohl aber kann die liberale Regierung aus der ihr durch die Gemeinderatswahlen erteilten Lehre die Nutzanwendung entnehmen, daß das Kapital ihrer Volksgunst keineswegs unerschöpflich ist, sondern daß sie als sparsamer und sorgfältiger Hausvater damit wirtschaften muß, wenn sie nicht eines schönen Tages ebenso unliebsame Ueberraschungen erleben will, wie sie den Konservativen unter Herrn Balfour zu teil geworden sind. Man muß den Lords des Oberhauses, die sonst politisch nicht allzusehr in den Vordergrund treten, das Zugeständnis machen, daß sie den Augenblick sehr geschickt zu benützen verstanden, um der konservativen Sache ein neues Relief zu verleihen, indem sie eine augenfällige Schwäche des am Ruder befindlichen Liberalismus mit wohlüberlegter Taktik bloßstellten, und zwar gerade unter Umständen, die den Eindruck der Haltung des Oberhauses durch das Zusammentreffen mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen erheblich verstärkten. Das ganze Verfahren ist in so hohem Grade diplomatisch und zielbewußt zugleich, und macht so wenig den Eindruck der greisenhaften Schwäche, daß der von den Liberalen behauptete Marasmus des Oberhauses trotz dessen in mancher Hinsicht gewiß vorhandener Reformbedürftigkeit im Auslande schwerlich allgemeinen Glauben finden wird. Sollte wirklich in absehbarer Zeit das englische Oberhaus einmal beseitigt werden, so würde die damit verbundene Demokratisierung der gesamten Regierung und Verwaltung des Landes — gegenwärtig liefert das Oberhaus das Hauptkontingent der Minister — voraussichtlich auch die Diplomatie ergreifen und in der hohen Politik wohl eine noch engere Anlehnung an die radikale französische Demokratie zur Folge haben. Einstweilen aber bleiben die Lords noch an ihrem Platze, und wenn sie selbst die Birrellsche Schulbill am Ende ganz verwerfen sollten, so wird höchstwahrscheinlich auch dann die liberale Regierung gute Miene zum bösen Spiele machen und vor einer Haupt- und Staatsaktion gegen das Oberhaus zurückschrecken, weil sie sich nicht kräftig genug dazu fühlt.

Neueste Drahtmeldungen vom 8. November.

Zur Kanzlerkrisis.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach hier verbreiteten Gerüchten ist, wie dem „Lok.-Anz." mitgeteilt wird, die Enthebung des Landwirtschaftsministers v. Podbielski auf seinen Antrag erfolgt.

Berlin. (Priv.-Tel.) In verschiedenen Blättern ist von Plänen zur Entlastung des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Fürsten Bülow die Rede. Es heißt, daß ein Vizekanzler eingesetzt oder daß das Präsidium des preußischen Staatsministeriums vom Reichskanzleramte getrennt werden solle. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." kann versichern, daß an keiner maßgebenden Stelle solche Pläne gehegt werden.

Lohnbewegungen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier wird mitgeteilt, daß die Entscheidung, ob Streik oder nicht, in einer kombinierten Sitzung der Siebener-Kommission und der Vorstände der einzelnen Verbände morgen nachmittag in Essen fallen wird. Zu einem Streik dürfte es keinesfalls kommen.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Die letzte Aussperrung von 2600 Leipziger Buchbinderei-Arbeitern erforderte 353 800 Mark an Unterstützungen. 80 Prozent davon trug die Verbandskasse der Buchbinderei-Arbeiter.

Magdeburg. (Priv.-Tel.) Das Amtsgericht in Aken wies die Klage der Vereinigten Elbeschiffahrts-Gesellschaften gegen kontraktbrüchige Schiffer und Bootsleute auf Wiederaufnahme der Arbeit und Schadenersatz kostenpflichtig ab.

Hannover. (Priv.-Tel.) 1300 Arbeiter der Hannoverschen Gummi-Kamm-Kompagnie-Aktiengesellschaft traten heute früh wegen Lohndifferenzen in den Ausstand; nur 300 Arbeiter erschienen im Betriebe. Es handelt sich um die Lohnsätze für später eintretende Arbeiter.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Auf Veranlassung des Direktors Max Keller in Dresden wurden heute zwischen den Vertretern der Elbschiffahrts-Gesellschaften und dem Vorstande des Hafenarbeiter-Verbandes neue Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit seitens der streikenden Elbeschiffer aufgenommen.

London. 2600 Arbeiter der Great Western-Kohlengruben in Pontypridd, die seit dem 1. November die Arbeit eingestellt hatten, um dadurch gegen die beschäftigten nichtorganisierten Bergarbeiter Protest zu erheben, haben heute beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, da 300 nichtorganisierte Arbeiter versprochen haben, dem Bergarbeiterverbande beizutreten.

Italienisches Regierungsprogramm.

Catania. Auf einem heute mittag hier abgehaltenen Bankett, dem die Minister Majorana, Tittoni, Massimini und Rava, zahlreiche Senatoren und Deputierte beiwohnten, hielt Schatzminister Majorana eine Rede, in der er das parlamentarische Programm der Regierung entwickelte. Der Minister betonte zunächst, daß die Bildung des Kabinetts in bemerkenswerter Weise zur sofortigen Herstellung des parlamentarischen Gleichgewichts und zu einer seit langem nicht in gleicher Weise erlebten intensiven gesetzgeberischen Arbeit geführt habe. Unter den Ergebnissen der letzteren hob der Redner namentlich die Rentenkonversion hervor, die das größte, seit der Einigung Italiens vollbrachte Werk sei. Was die mit den Früchten der Konversion zu schaffenden Reformen angehe, so sei die Regierung vor allem entschlossen, keiner Maßnahme zuzustimmen, die das Budget-Gleichgewicht erschüttern könne. Vor allem sollen die Bewilligungen für die öffentlichen Dienstzweige erhöht und darnach eine Herabsetzung der Verbrauchsabgaben erwogen werden. Die Gehälter der Gendarmen, der Stadtpolizisten und Gefangenen-Aufseher sollen erhöht und auch eine Vorlage zu gunsten der Unteroffiziere und Spezialwaffen und der Marine eingebracht werden. Was die Armee anbetrifft, fuhr der Minister fort, so wird die Regierung beantragen, die gegenwärtigen außerordentlichen Ausgaben auf 10 weitere Jahre zu erstrecken, und sie von 16 auf 20 Millionen Lire jährlich zu erhöhen, um die Umwandlung der Artillerie zu vervollständigen. Die gegenwärtigen Grenzen der ordentlichen Ausgaben des Kriegsbudgets bleiben unverändert, die erwähnte geringe Ausgabenvermehrung darf keinerlei Befürchtungen über die internationale Lage erwecken. Wir brauchen niemals den Gedanken einer Beschleunigung der militärischen Maßnahmen aus Besorgnis vor einem Kriege zu erwägen. Die vom Minister Tittoni abgegebenen Erklärungen, die er im Parlament genau erläutern wird, versichern die Erhaltung des Friedens. Unsere Rüstungen zielen darauf ab, den technischen Fortschritten zu folgen, wie es die anderen Nationen tun. Andere Vorlagen werden, erklärte der Minister weiter, Reformen auf dem Gebiete der Rechtspflege zum Gegenstande haben. Der Staatseisenbahnbetrieb soll mit einer Ausgabe von fast ½ Milliarde einer fortigen Verbesserung unterzogen werden. Die betreffende Vorlage solle ein Ganzes bilden mit anderen Vorlagen betreffend die endgültige Organisation des Eisenbahnbetriebes durch den Staat, betreffend die Häfen, neue Bahnen, Kleinbahnen, Binnenschiffahrt und Straßen. Eine außerordentliche Bewilligung werde zur Verbesserung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes verlangt werden. Weitere geplante Vorlagen betreffen landwirtschaftliche Verbesserungen, den wöchentlichen Ruhetag und die Pflege der Kunstdenkmäler des Landes. Alle im Vorerwähnten begriffenen Ausgaben sollen mit den ordentlichen Einkünften ohne Inanspruchnahme des Kredits bestritten, die außerordentlichen Ausgaben durch Budgetüberschüsse gedeckt werden. Die Regierung werde das Budgetgleichgewicht nachdrücklich wahren und zur Konversion der einlösbaren Schulden und mit dem Eisenbahnwesen zusammenhängender Lasten schreiten. Die vom Ministerpräsidenten Giolitti verkündete Politik der Freiheit werde durch eine Politik der Reformen auf dem Gebiete der Arbeiterverhältnisse ergänzt werden, die jede gesunde wirtschaftliche Betätigung fördern solle. Schließlich bemerkt der Schatzminister: Während das Budget von 1888/89 mit einem Fehlbetrage von 465 Millionen Lire abschloßen habe, weise das am 30. Juni d. J. abgeschlossene Budget für 1905/06 einen Aktivüberschuß von mehr als 63 Millionen Lire auf. Dabei seien keine Steuern erhöht, sondern vielmehr einige herabgesetzt oder aufgehoben, und auch die Tarife mehrerer öffentlicher Dienstzweige herabgesetzt worden, und trotz der seit zehn Jahren um 272 Millionen gestiegenen Ausgaben sei keine neue Anleihe aufgenommen und die Zinsen der alten verringert worden. Dieses Wunder der Ueberwindung des Defizits sei den stets wachsenden Steuereingängen infolge der sich von Tag zu Tag hebenden wirtschaftlichen Tätigkeit des italienischen Volkes zu danken. Mit einem Hoch auf den König, der in seiner Majestät diejenige der Nation verkörpere, schließt der Minister seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Darlegungen.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Im Gouvernement Minsk drangen drei verkleidete Räuber in die Kirche des Dorfes Hielevitchy. Sie erschossen den Küster und knüpften ihn an einen Pfahl auf. Alsdann erbrachen die Banditen die Kirchenkasse und stahlen deren Inhalt im Werte von mehreren tausend Rubeln. Die Räuber bemächtigten sich außerdem der sehr kostbaren goldenen Kirchengeräte und entflohen. — In Lodz veranstalteten die Polizeibehörden in dem im Zentrum der Stadt belegenen Café Monkalchi eine plötzliche Haussuchung. Man entdeckte in dem Café viele Materialien zur Bombenfabrikation und ein ganzes Lager von Schriften zur revolutionären Propaganda. Es wurden 18 Personen verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich einige sehr angesehene Grundbesitzer der Stadt und die bedienenden Kellner, in denen die Polizeibehörden verkappte Revolutionäre vermuten.

Lübeck. (Priv.-Tel.) Die „Lübecker Eisenbahnztg." meldet: Der Dampfer „W. M. Minlos" der hiesigen Reederei gleichen Namens, der eine Ladung Sprengstoffe für die russische Regierung an Bord hatte, wurde von einem russischen Kreuzer be-

Frische und sterilisierte Kinder-milch (Trocken-Fütterung)
Milchkur-Anstalt „Sanitas" R. Winkler, Kgl. Sächs. Hofl., nur Zwickauer Str. 14.